

Verzicht als sozialpolitische Kategorie

Christian Lammert

1. Einleitung

In einer Zeit, in der Ressourcenknappheit und soziale Ungleichheit zunehmend gesellschaftliche Realitäten und die politischen Debatten prägen, hat auch der Begriff des Verzichts in der Sozialpolitik eine neue Bedeutung erlangt. Die ehemalige deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat dies spätestens mit ihrem Verweis auf die schwäbische Hausfrau in den breiteren politischen Diskurs eingeführt (Hunger 2016). Austerität war für eine beträchtliche Dauer das Mantra deutscher und westlicher Sozial-, Wirtschafts- und Haushaltspolitik (Haffert 2015). Wir können uns das nicht mehr leisten, wir müssen verzichten, so das damalige Credo. Lange Zeit als Ausdruck individueller Entsagung oder moralischer Tugend verstanden, rückte Verzicht damit in den Fokus sozialpolitischer Debatten und wurde zunehmend als ein strategisches Instrument der Politik betrachtet.

Dabei muss der Begriff des Verzichts genauer umrissen werden und von ähnlichen Konzepten wie beispielsweise ›Sparen‹ unterschieden werden. Die Analyse des Unterschieds zwischen Verzicht und Sparen im Kontext der Sozialpolitik offenbart interessante Nuancen und Implikationen. Während beide Konzepte oft als synonyme Strategien zur Ressourcenschonung betrachtet werden, zeigen sich bei näherer Betrachtung bedeutende Unterschiede in ihrer Natur, Motivation und sozialpolitischen Anwendung. Verzicht impliziert eine bewusste Entscheidung, auf etwas zu verzichten, das man sich eigentlich leisten könnte. Es ist ein aktiver Prozess, bei dem man sich gegen den Konsum bestimmter Güter oder Dienstleistungen entscheidet, oft aus ethischen, ökologischen oder persönlichen Gründen. Verzicht kann als eine Form der Selbstbeschränkung verstanden werden, die nicht zwangsläufig mit finanziellen Motiven verbunden sein muss.

Im Gegensatz dazu ist Sparen primär eine ökonomische Strategie, bei der ein Teil des Einkommens nicht für den sofortigen Konsum verwendet, sondern für zukünftige Zwecke zurückgelegt wird. Es ist ein quantifizierbarer Prozess, der sich in Geldbeträgen ausdrücken lässt und oft mit konkreten finanziellen Zielen verbunden ist. Die Motivation hinter Verzicht kann vielfältig sein und reicht von persönlichen Wertvorstellungen bis hin zu gesellschaftlichen Normen, während Sparen meist durch ökonomische Überlegungen motiviert ist, wie etwa Vorsorge für das Alter oder der Wunsch nach finanzieller Unabhängigkeit. In der Sozialpolitik spielt die Unterscheidung zwischen Verzicht und Sparen eine wichtige Rolle. Während Sparmaßnahmen oft als notwendige ökonomische Schritte dargestellt werden, kann der Begriff des Verzichts eine stärkere moralische Komponente beinhalten. Dies kann in politischen Diskursen genutzt werden, um bestimmte Maßnahmen zu rechtfertigen oder Solidarität einzufordern.

Ein weiterer wichtiger Unterschied liegt in der Freiwilligkeit. Sparen kann sowohl freiwillig als auch erzwungen sein, etwa durch staatliche Maßnahmen oder wirtschaftliche Notwendigkeiten. Verzicht hingegen impliziert oft eine größere Freiwilligkeit und persönliche Entscheidungsfreiheit. Diese Differenzierung ist besonders relevant, wenn es um die Akzeptanz und Umsetzung sozialpolitischer Maßnahmen geht. Die Unterscheidung zwischen Verzicht und Sparen ermöglicht ein nuancierteres Verständnis sozialpolitischer Maßnahmen und individueller Handlungsstrategien. Sie zeigt, dass ökonomisches Handeln nicht nur von rationalen Überlegungen, sondern auch von moralischen und gesellschaftlichen Faktoren beeinflusst wird. Diese Erkenntnis kann dazu beitragen, sozialpolitische Instrumente differenzierter zu gestalten und ihre Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen. Letztendlich verdeutlicht die Analyse von Verzicht und Sparen die Komplexität sozialpolitischer Entscheidungen und die Notwendigkeit, sowohl ökonomische als auch ethische Aspekte zu berücksichtigen.

Das wirft grundlegende Fragen in unterschiedlichen Dimensionen auf. Einerseits muss gefragt werden, wie Verzicht genutzt wird, um bestimmte Politiken zu legitimieren und was dies für Fragen der Gerechtigkeit und Fairness heißt. Andererseits kann aber auch gefragt werden, inwieweit Verzicht als analytische Kategorie genutzt werden kann, um bestimmte Muster von Sozialpolitik besser zu erklären als abstrakte Analysen zur Einkommensungleichheit und Armut, die die spezifischen sozialen Ausprägungen dieser Phänomene hinter Zahlen und Daten verstecken. Beide Dimensionen können allerdings nur bedingt unabhängig voneinander betrachtet werden.

Verzicht ist kein neutraler Begriff, er ist vielmehr in diskursive Auseinandersetzungen und reale Machtkonstellationen eingebettet und wird auf unterschiedliche Weise von politischen und ökonomischen Akteuren instrumentalisiert. Durch die Fokussierung auf den Begriff des Verzichts werden bestimmte moralische Werte und soziale Normen etabliert, die wiederum Einfluss auf gesellschaftliche Teilhabechancen und die Verteilung von ökonomischen und sozialen Ressourcen haben. Dieser Beitrag setzt sich daher zum Ziel, Verzicht in seiner Vielschichtigkeit zu beleuchten und seine Funktionen sowie seine Implikationen für die Sozialpolitik kritisch zu hinterfragen.

2. Theoretische Grundlagen und Begriffsdefinition

Der Begriff ›Verzicht‹ im sozialpolitischen Kontext ist vielschichtig und bedarf einer präzisen Definition sowie einer Einbettung in theoretische Grundlagen. Verzicht kann im sozialpolitischen Sinne als bewusster und freiwilliger oder erzwungener Verzicht auf bestimmte Güter, Dienstleistungen, Rechte oder Ressourcen zugunsten des Allgemeinwohls oder spezifischer sozialer, ökologischer oder ökonomischer Ziele verstanden werden. Diese Definition umfasst sowohl individuelle als auch kollektive Formen des Verzichts, die durch politische Entscheidungen, gesellschaftliche Normen und kulturelle Werte beeinflusst werden. Dabei wird der Begriff in unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Debatten mehr oder minder explizit verwendet.

Theorien der sozialen Gerechtigkeit, wie sie von John Rawls entwickelt wurden, bieten einen Rahmen, um Verzicht im Kontext von Fairness und Gleichheit zu verstehen. Mit Rawls' Differenzprinzip könnte man argumentieren, dass Verzicht gerechtfertigt ist, wenn er den am wenigsten Begünstigten in der Gesellschaft zugutekommt (Rawls 1971). Die Wohlfahrtsökonomie untersucht, wie wirtschaftliche Entscheidungen das gesellschaftliche Wohlergehen beeinflussen. In diesem Kontext kann Verzicht als Instrument zur Optimierung des gesamtgesellschaftlichen Nutzens betrachtet werden. Theorien des Sozialkapitals, wie sie von Robert Putnam entwickelt wurden, können erklären, wie Verzicht zur Stärkung sozialer Bindungen und des gesellschaftlichen Zusammenhalts beitragen kann (Putnam 2000). Erkenntnisse aus der Verhaltensökonomie, insbesondere zu Altruismus und prosozialem Verhalten, können helfen zu verstehen, warum Individuen bereit sind, auf persönliche Vorteile zugunsten des Gemeinwohls zu verzichten (Fehr/Fischbacher 2003).

Dabei können verschiedene Dimensionen des Verzichts unterschieden werden, um den Begriff als sozialpolitische Kategorie besser zu verstehen. An erster Stelle kann zwischen einem freiwilligen und einem erzwungenen Verzicht differenziert werden (Etzioni 1998). Diese Unterscheidung ist in erster Linie wichtig für die ethische und politische Bewertung von Verzichtsmassnahmen. Darüber hinaus kann aber auch zwischen individuellem und kollektivem Verzicht unterschieden werden; soll sagen, Verzicht kann auf einer persönlichen Ebene oder aber als gesellschaftliches Phänomen auftreten und verstanden werden (Schor 1998).

In der Sozialpolitik wird Verzicht oft primär als Instrument zur Erreichung übergeordneter politischer, ökonomischer oder gesellschaftlicher Interessen und Ziele eingesetzt. Und auch hier kann der Verzicht ganz unterschiedliche Formen annehmen. Im Kontext der Austeritätspolitik, die in den westlichen Demokratien insbesondere im frühen 21. Jahrhundert und im Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 intensiv diskutiert und umgesetzt wurde (Blyth 2013; Schäfer/Streeck 2013), aber auch in einer allgemeineren Diskussion um Umverteilungsmaßnahmen durch entwickelte Wohlfahrtsregime wird von bestimmten Gruppen Verzicht eingefordert, wie wir weiter unten an verschiedenen Beispielen aus den USA noch genauer sehen werden (Pierson 2001).

Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, den Begriff des Verzichts kritisch zu hinterfragen, da Verzicht nicht unbedingt und ausschließlich zum Allgemeinwohl beitragen soll (Fraser 2009). Machtstrukturen und soziale Ungleichheiten beeinflussen, wer zum Verzicht aufgefordert wird und wer davon profitiert (Bachrach/Baratz 1962). Zudem kann Verzicht als rhetorisches Instrument von politischen Akteuren genutzt werden, um unpopuläre politische Maßnahmen zu legitimieren (Fairclough 2013; Pierson 1995).

3. Verzicht als rhetorisches und analytisches Konzept

Der Begriff ›Verzicht‹ spielt in vielen sozialpolitischen Diskursen eine implizite Rolle, sowohl als rhetorisches Mittel zur Legitimation politischer Maßnahmen als auch als analytisches Konzept zur Untersuchung gesellschaftlicher Dynamiken. In der politischen Kommunikation wird Verzicht oft als mächtiges rhetorisches Werkzeug eingesetzt. Politiker nutzen die Rhetorik des Verzichts, um an Tugenden wie Selbstdisziplin, Verantwortung und Solidarität zu appellieren. Dies kann dazu dienen, unpopuläre Maßnahmen zu rechtfertigen

oder kollektives Handeln zu motivieren. In Zeiten wirtschaftlicher oder ökologischer Krisen wird Verzicht oft als notwendiges Übel präsentiert, um größere Probleme zu bewältigen. Diese Rhetorik kann dazu beitragen, Maßnahmen zu legitimieren, die unter normalen Umständen auf starken Widerstand stoßen würden. Verzicht wird manchmal mit patriotischen Gefühlen und Gemeinschaftssinn verknüpft.

Als analytisches Konzept bietet Verzicht interessante Perspektiven auf sozialpolitische Prozesse. Verzicht kann als Linse genutzt werden, um Machtstrukturen in der Gesellschaft zu untersuchen. Wer wird zum Verzicht aufgefordert? Wer profitiert davon? Diese Fragen können Aufschluss über soziale Ungleichheiten und politische Dynamiken geben. Die Analyse von Verzichtsforderungen und -praktiken kann Einblicke in die Verteilung von Lasten und Ressourcen in der Gesellschaft geben. Dies ist besonders relevant für Untersuchungen zur sozialen Gerechtigkeit und Umverteilung. Die Art und Weise, wie Verzicht in einer Gesellschaft diskutiert und praktiziert wird, kann Aufschluss über vorherrschende soziale Normen und Werte geben. Dies ermöglicht Rückschlüsse auf kulturelle und ethische Grundlagen sozialpolitischer Entscheidungen. Verzicht als analytisches Konzept kann helfen, die Beziehungen zwischen wirtschaftlichen Strukturen, politischen Entscheidungen und sozialen Auswirkungen zu verstehen. Es kann beispielsweise Einsichten in die Folgen von Austeritätspolitik oder die Verteilung von Krisenlasten liefern. In Debatten über Klimawandel und Ressourcenknappheit wird Verzicht oft als notwendige Strategie für Nachhaltigkeit diskutiert und so Einblick in gesellschaftliche Vorstellungen von Generationengerechtigkeit und Zukunftsverantwortung gegeben.

Bei der Verwendung von Verzicht als rhetorisches und analytisches Konzept ist es wichtig, kritische Perspektiven einzubeziehen. Die Rhetorik des Verzichts kann zur Verschleierung von Machtungleichheiten und zur Legitimation ungerechter Politiken missbraucht werden. Dies zeigt sich in verschiedenen Aspekten unserer Gesellschaft und Politik. Ein prägnantes Beispiel ist die Verwendung von Begriffen wie ›sozial schwach‹ anstelle von ›arm‹, was fälschlicherweise einen Mangel an sozialer Kompetenz suggeriert, statt die wirtschaftliche Benachteiligung anzuerkennen. Dadurch werden strukturelle Ungleichheiten verschleiert und die Verantwortung auf das Individuum abgewälzt. Ähnlich verhält es sich mit dem Begriff ›Eigenverantwortung‹, der oft euphemistisch verwendet wird, um den Abbau von Sozialleistungen zu rechtfertigen und gemeinschaftliche Lasten auf den Einzelnen zu verlagern.

Ein weiteres Problem ist die ungleiche Verteilung von Verzichtslasten. Häufig betreffen Verzichtsforderungen die breite Bevölkerung, während Privilegien Wohlhabender unangetastet bleiben. Dies führt zu einer ungerechten Verteilung der Lasten und verstärkt bestehende soziale Ungleichheiten. Zudem kann die Verzichtsrhetorik von tieferliegenden strukturellen Problemen ablenken, indem der Fokus auf individuelles Verhalten gelenkt wird, anstatt Fragen der Verteilungsgerechtigkeit zu adressieren.

Nicht zuletzt nutzen manche politischen Akteure den Ruf nach Verzicht, um eigene ideologische Ziele zu verfolgen, die über den eigentlichen Zweck hinausgehen. So kann beispielsweise eine generelle Konsumkritik mit Klimaschutzargumenten verknüpft werden, ohne die tatsächlichen Zusammenhänge differenziert zu betrachten. All diese Beispiele verdeutlichen, wie die Rhetorik des Verzichts manipulativ eingesetzt werden kann, um bestehende Machtstrukturen zu festigen und ungerechte Politiken zu legitimieren, während sie vorgibt, im Interesse des Gemeinwohls zu handeln. Es ist daher wichtig, solche rhetorischen Strategien kritisch zu hinterfragen und die dahinterliegenden Machtstrukturen und Interessen zu erkennen.

4. Historische Entwicklung des Verzichts in der Sozialpolitik

Wendet man das Konzept des Verzichts an, um die Sozialpolitik in fortgeschrittenen Demokratien zu analysieren, eröffnet sich eine interessante Perspektive. Der Verzicht begann als Instrument der Armenfürsorge und hat sich im Laufe der Zeit zu einem komplexen Konzept gewandelt, das eng mit dem modernen Wohlfahrtsstaat verbunden ist (Esping-Andersen 1990). In der vorindustriellen Zeit war Verzicht oft eng mit religiösen und moralischen Vorstellungen verbunden. Arme wurden häufig als selbst verantwortlich für ihre Situation betrachtet und zum Verzicht auf ›Laster‹ wie Müßiggang oder Trunksucht aufgefordert. Die Armenfürsorge basierte weitgehend auf freiwilligen Spenden und dem Verzicht der Wohlhabenden (Katz 1996). Mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert verschärften sich soziale Probleme (Hennock 2007). Der Verzicht wurde nun zunehmend als kollektive Aufgabe verstanden. Um Hilfskassen zu finanzieren, verzichteten Arbeiter durch Beiträge auf einen Teil ihres Lohns und Unternehmer wurden zu Beiträgen für die soziale Absicherung ihrer Arbeiter verpflichtet.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts expandierte die staatliche Sozialpolitik in vielen Ländern und die entwickelten Wohlfahrtsregime basie-

rend auf Sozialversicherungsprogrammen und Sozialhilfeprogrammen bildeten sich heraus (Hemerijck 2013). Dabei wurden auch Mechanismen des Verzichts verstärkt aus dem Bereich der Freiwilligkeit und dem Geben von Almosen genommen und stärker institutionalisiert. Progressive Steuersysteme erforderten höhere Beiträge von Besserverdienenden, Sozialversicherungssysteme basierten auf dem Prinzip des Generationenvertrags, bei dem die arbeitende Bevölkerung zugunsten der Älteren verzichtete, und in Krisenzeiten wie der Weltwirtschaftskrise wurde kollektiver Verzicht als notwendig für die gesellschaftliche Stabilität angesehen.

In der Nachkriegszeit bis in die 1970er Jahre erlebten viele westliche Länder eine Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs und des Ausbaus sozialer Sicherungssysteme, das goldene Zeitalter des entwickelten Wohlfahrtsstaates begann. In der Folge wurde Verzicht weniger betont, da steigende Einkommen und Wirtschaftswachstum die Finanzierung der sozialen Programme ermöglichten.

In jüngerer Zeit hat sich die Debatte um Verzicht in der Sozialpolitik weiter ausdifferenziert. Klimawandel und Nachhaltigkeit führen zu Diskussionen über notwendigen Verzicht zur Sicherung der Zukunft. Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, wie kollektiver Verzicht (z.B. auf soziale Kontakte) als sozialpolitisches Instrument eingesetzt werden kann. Gleichzeitig rücken Konzepte wie das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) zunehmend in den Fokus, da sie die traditionelle Verknüpfung von Arbeit und sozialer Sicherung in Frage stellen und neue Formen des Verzichts erfordern könnten. Ein BGE hätte das Potenzial, die Arbeitswelt erheblich zu verändern, indem es Menschen die Freiheit gibt, bestimmte Arten von Arbeit abzulehnen oder ihre Arbeitsstunden zu reduzieren. Studien deuten darauf hin, dass dies zu einem Rückgang von etwa 17% der Beschäftigung und der gearbeiteten Stunden führen könnte, was als eine Form des freiwilligen Verzichts auf traditionelle Arbeitsstrukturen betrachtet werden kann. Gleichzeitig könnte ein BGE paradoxerweise auch zu einem Verzicht auf höhere Löhne führen, indem es einen »Super-Kombilohn mit einem hohen Staatsanteil und einem niedrigen Arbeitgeberanteil« schafft, der die Lohnstrukturen in bestimmten Sektoren verändern würde. Darüber hinaus wird diskutiert, dass ein BGE möglicherweise zu einem Rückgang der Konsumnachfrage führt, wenn Menschen sich mit einem geringeren verfügbaren Einkommen zufriedengeben und freiwillig auf zusätzlichen Konsum verzichten. Diese Aspekte zeigen, wie das Konzept des BGE die Diskussion um Verzicht in der Sozialpolitik erweitert und neue Per-

spektiven auf die Balance zwischen Arbeit, Einkommen und Lebensqualität öffnet.

Die historische Entwicklung zeigt, dass Verzicht in der Sozialpolitik ein dynamisches Konzept ist, das sich mit gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen wandelt. Von moralisch begründeten individuellen Forderungen hat sich der Verzicht zu einem komplexen Instrument entwickelt, das sowohl individuelle als auch kollektive Dimensionen umfasst und eng mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit verknüpft ist.

5. Fallbeispiel USA

Die US-amerikanische Gesellschaft, geprägt von Individualismus und der Idee des ›American Dream‹, zeigt eine komplexe Beziehung zum Konzept des Verzichts in verschiedenen historischen und gegenwärtigen Kontexten. Die USA bieten eine Reihe interessanter Beispiele für die Anwendung und Auswirkungen von Verzicht als sozialpolitisches Instrument. Während des Zweiten Weltkriegs rief die US-Regierung die Bevölkerung zum kollektiven Verzicht auf, indem Bürger*innen aufgefordert wurden, Konsumgüter wie Lebensmittel, Treibstoff und Metalle einzusparen, um die Kriegsanstrengungen zu unterstützen. Dieser als patriotischer Akt dargestellte Verzicht fand breite Akzeptanz in der Bevölkerung. In den 1950er und 1960er Jahren nutzte die afroamerikanische Gemeinschaft Verzicht als Mittel des zivilen Ungehorsams. Ein prominentes Beispiel hierfür ist der Busboykott von Montgomery (1955–1956), bei dem Afroamerikaner auf die Nutzung der städtischen Busse verzichteten, um gegen Rassentrennung zu protestieren.

Mit dem Aufkommen der modernen Umweltbewegung in den 1970er Jahren wurde Verzicht zu einem zentralen Konzept, indem die Bewegung die US-Bürger*innen aufforderte, ihren Energieverbrauch zu reduzieren und nachhaltiger zu leben. In den 1990er Jahren, insbesondere unter der Clinton-Administration, wurden bedeutende Reformen des Sozialstaats umgesetzt, die auf Verzicht setzten. Der *Personal Responsibility and Work Opportunity Reconciliation Act* von 1996 führte zu einer Umgestaltung der Sozialhilfe, indem er Leistungen beschränkte und strengere Anforderungen an die Empfänger stellte.

Nach der globalen Finanzkrise 2008 setzten verschiedene US-Bundesstaaten und die Bundesregierung auf Sparmaßnahmen (Schäfer/Streeck 2012). Diese Maßnahmen beinhalteten den Verzicht auf erhöhte Staatsausgaben,

Kürzungen bei öffentlichen Dienstleistungen und Sozialprogrammen. Diese Reformen basierten auf der Idee, dass der Verzicht auf bestimmte Sozialleistungen die Eigenverantwortung fördern und die Abhängigkeit vom Staat reduzieren würde (Soss/Fording/Schramm 2011). Der Verzicht wurde als notwendig erachtet, um die finanzielle Stabilität wiederherzustellen, wurde jedoch kontrovers diskutiert. Aber auch im aktuellen Kontext finden sich zahlreiche Beispiele, in denen die Idee des Verzichts eine zentrale Rolle spielt. So z.B. beim *Green New Deal*. Dieser Vorschlag progressiver Politiker betont den notwendigen Verzicht auf fossile Brennstoffe zugunsten erneuerbarer Energien, um den Klimawandel zu bekämpfen. In der Debatte über »*Medicare for All*« argumentieren einige Politiker, dass ein Verzicht auf teure private Gesundheitsversicherungen zugunsten eines universellen, staatlich finanzierten Systems notwendig sei, und während der COVID-Pandemie riefen US-Behörden zum Verzicht auf persönliche Freiheiten auf, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Dies führte zu Diskussionen über die gerechte Verteilung von Verzicht in der Gesellschaft.

Die Anwendung von Verzicht als sozialpolitisches Instrument in den USA zeigt einige charakteristische Merkmale. Es besteht eine Spannung zwischen der individualistischen Kultur der USA und der Notwendigkeit kollektiven Verzichts für gesellschaftliche Ziele. Die Akzeptanz von Verzicht variiert stark, je nachdem ob er als freiwilliger Akt oder als staatlich auferlegte Maßnahme wahrgenommen wird. Kritiker argumentieren, dass Verzicht oft ungleich verteilt ist und benachteiligte Gruppen überproportional belastet.

6. *Tax Expenditures* als staatlicher Verzicht in der Sozialpolitik

Tax expenditures und andere Steuervergünstigungen stellen eine bedeutende Form des staatlichen Verzichts in der Sozialpolitik dar (Sinfield 2020). Sie repräsentieren den bewussten Verzicht des Staates auf potenzielle Steuereinnahmen, um bestimmte sozialpolitische Ziele zu erreichen. Dieses Konzept verdient eine genauere Betrachtung, da es die komplexe Beziehung zwischen Steuerpolitik und Sozialpolitik verdeutlicht. *Tax expenditures* sind Ausnahmen oder Vergünstigungen im Steuersystem, die bestimmte Aktivitäten oder Gruppen begünstigen (Howard 2007). Sie können verschiedene Formen annehmen: Steuerfreibeträge, Steuergutschriften, reduzierte Steuersätze oder Steuerstundungen. Im Kern stellen sie einen indirekten Ausgabenme-

chanismus dar, bei dem der Staat auf Einnahmen verzichtet, anstatt direkte Ausgaben zu tätigen (Kvist/Sinfield 1994).

Der staatliche Verzicht durch *tax expenditures* zielt oft darauf ab, bestimmte sozialpolitische Ziele zu erreichen. Dazu gehört u.a. die Förderung von Eigenheimbesitz durch Hypothekenzinsabzüge, die Unterstützung von Familien durch Kinderfreibeträge, Anreize für private Alters- und Gesundheitsvorsorge durch steuerliche Begünstigung von Rentenbeiträgen sowie Förderung von Bildung durch Abzugsfähigkeit von Studiengebühren. *Tax expenditures* machen in vielen Ländern einen erheblichen Teil des Staatshaushalts aus. In den USA beispielsweise beliefen sich die Kosten im Fiskaljahr 2019 auf schätzungsweise 1,2 Billionen Dollar, was mehr als einem Drittel der gesamten Bundesausgaben entspricht (U.S. Department of the Treasury 2020).

Die Nutzung von *tax expenditures* insbesondere als Äquivalent sozialer Transferleistungen, bei denen der Staat auf garantierte Steuereinnahmen verzichtet, hat sowohl Vor- als auch Nachteile. Zum einen können *tax expenditures* als effizientes Instrument zur Förderung bestimmter Verhaltensweisen dienen und ermöglichen so auch eine gezielte Unterstützung bestimmter Gruppen oder Aktivitäten. Zudem sind sie politisch leichter durchsetzbar als direkte Ausgabenprogramme. Was auch erklärt, warum sich Programme wie der *Earned Income Tax Credit* in den USA dort innerhalb weniger Jahrzehnte zum finanzstärksten Wohlfahrtsprogramme entwickelt hat (Hacker 2002). Auf der Negativseite stehen dann allerdings die primären Umverteilungswirkungen, durch die Ungleichheit noch verstärkt werden kann, da *tax expenditures* oft höhere Einkommensgruppen überproportional begünstigen, es wird also in der Einkommensverteilung von unten nach oben umverteilt (Faricy 2015). Zudem sind sie weniger transparent als direkte Ausgaben und erschweren somit die Haushaltskontrolle und können zu Marktverzerrungen führen und eine ineffiziente Ressourcenallokation fördern (Mettler 2011).

Tax expenditures als Form des staatlichen Verzichts spielen eine wichtige, wenn auch oft unterschätzte Rolle in der Sozialpolitik. Sie bieten Regierungen ein flexibles Instrument zur Erreichung sozialpolitischer Ziele, bringen aber auch Herausforderungen in Bezug auf Gerechtigkeit und Transparenz mit sich. Eine kritische Auseinandersetzung mit ihrer Gestaltung und Wirkung ist notwendig, um ihre Effektivität als sozialpolitisches Instrument zu gewährleisten und unbeabsichtigte negative Folgen zu minimieren.

Der Einsatz von *tax expenditures* verdeutlicht, wie komplex und vielschichtiger der Begriff des Verzichts in der Sozialpolitik sein kann. Während der Staat auf der einen Seite auf Einnahmen verzichtet, erhofft er sich auf der anderen

Seite langfristige positive Effekte für die Gesellschaft. Diese Form des staatlichen Verzichts erfordert eine sorgfältige Abwägung zwischen fiskalischen Kosten und sozialpolitischen Zielen sowie eine kontinuierliche Überprüfung ihrer Wirksamkeit und Gerechtigkeit.

7. Kritische Diskussion und ethische Implikationen

Die Analyse von Verzicht als sozialpolitische Kategorie offenbart eine Vielzahl von Problemen und ethischer Implikationen, die eine differenzierte Betrachtung erfordern. Ein zentraler Kritikpunkt am Konzept des Verzichts in der Sozialpolitik ist seine enge Verknüpfung mit bestehenden Machtstrukturen und sozialen Ungleichheiten. Wie in den vorherigen Kapiteln dargelegt, wird Verzicht oft ungleich verteilt. Wohlhabendere Gruppen können es sich eher leisten, freiwillig zu verzichten, während ärmere Schichten häufig zu unfreiwilligem Verzicht gezwungen sind. Politische Entscheidungsträger können zudem Verzicht als Instrument nutzen, um bestehende Machtverhältnisse zu festigen oder zu legitimieren. Diese Dynamik wirft ethische Fragen auf: Ist es gerecht, wenn der Aufruf zum Verzicht vor allem diejenigen trifft, die ohnehin schon weniger haben? Wie kann Verzicht als sozialpolitisches Instrument so gestaltet werden, dass es nicht zu einer Verstärkung sozialer Ungleichheiten führt?

Die Unterscheidung zwischen freiwilligem und erzwungenem Verzicht ist ethisch bedeutsam. Freiwilliger Verzicht kann als Ausdruck von Autonomie und moralischer Verantwortung gesehen werden. Erzwungener Verzicht, etwa durch Austeritätsmaßnahmen, kann als Verletzung individueller Rechte und Freiheiten interpretiert werden, da solche Maßnahmen häufig tiefgreifende Einschnitte in das Leben der betroffenen Menschen mit sich bringen. Austeritätspolitik, die oft in Zeiten wirtschaftlicher Krisen umgesetzt wird, zielt auf die Reduzierung staatlicher Ausgaben ab und führt zu Kürzungen in Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Sozialleistungen. Diese Kürzungen können die Lebensqualität der Menschen erheblich beeinträchtigen und ihre sozialen und wirtschaftlichen Rechte einschränken.

Ein zentraler Kritikpunkt an Austeritätsmaßnahmen ist, dass sie nicht nur die wirtschaftliche Stabilität eines Landes sichern sollen, sondern auch die individuelle Freiheit der Bürger einschränken können. Dies geschieht beispielsweise durch die Reduzierung von Sozialleistungen, was den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung und Bildung erschwert. Solche Einschnitte können als Verletzung sozialer Rechte be-

trachtet werden, die das Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand garantieren sollen. Darüber hinaus zeigen Studien (Schief/Staub 2017; Bieling 2022; Baccini/Sattler 2021), dass Länder mit ausgeprägten Austeritätsmaßnahmen oft eine geringere Zufriedenheit mit der Demokratie erleben. Dies liegt daran, dass solche Maßnahmen häufig ohne breite öffentliche Zustimmung oder ausreichende politische Beteiligung umgesetzt werden, was das Vertrauen in demokratische Institutionen schwächt. Die Wahrnehmung, dass Austeritätspolitik ungleichmäßige Lasten verteilt und besonders verletzte Bevölkerungsgruppen trifft, verstärkt das Gefühl der Ungerechtigkeit und der Einschränkung individueller Freiheiten.

Insgesamt kann erzwungener Verzicht durch Austerität als ein Eingriff in die Freiheits- und Sozialrechte angesehen werden, da er die Fähigkeit der Menschen einschränkt, ihr Leben frei zu gestalten und an der Gesellschaft teilzuhaben. Diese Maßnahmen werfen grundlegende Fragen über die Balance zwischen staatlicher Sparpolitik und dem Schutz individueller Rechte auf. Diese Spannung zeigt sich besonders in demokratischen Gesellschaften, wo der Verzicht auf bestimmte individuelle Freiheiten oft als notwendig für das Gemeinwohl dargestellt wird. Die ethische Herausforderung besteht darin, ein Gleichgewicht zwischen individueller Autonomie und kollektiven Zielen zu finden.

Die Rhetorik des Verzichts in der politischen Kommunikation wirft weitere ethische Fragen auf. Wird Verzicht als moralische Tugend dargestellt, um unpopuläre Maßnahmen zu rechtfertigen? Inwiefern dient die Betonung von Verzicht dazu, strukturelle Probleme zu individualisieren und von der Verantwortung politischer Akteure abzulenken? Es ist kritisch zu hinterfragen, ob die Rhetorik des Verzichts tatsächlich zu einer gerechteren Gesellschaft beiträgt oder ob sie lediglich als Instrument zur Durchsetzung bestimmter politischer Agenden dient.

Die langfristigen Folgen von Verzicht als sozialpolitisches Instrument müssen sorgfältig abgewogen werden: Kann kurzfristiger Verzicht zu langfristigen Verbesserungen führen, wie es oft in Bezug auf Klimaschutz oder Haushaltskonsolidierung argumentiert wird? Besteht die Gefahr, dass Verzicht zu einer Verschärfung sozialer Probleme führt, indem er beispielsweise Bildungschancen oder Gesundheitsversorgung einschränkt? Diese Fragen berühren den Kern ethischer Überlegungen zur intergenerationellen Gerechtigkeit und zur Nachhaltigkeit sozialpolitischer Maßnahmen.

Die Beziehung zwischen Verzicht und demokratischen Prinzipien ist komplex. Einerseits kann die Bereitschaft zum Verzicht als Ausdruck demo-

kratischer Teilhabe und Solidarität gesehen werden. Andererseits besteht die Gefahr, dass der Aufruf zum Verzicht missbraucht wird, um demokratische Rechte einzuschränken oder unpopuläre Entscheidungen durchzusetzen. In der Post-Pandemie-Phase lässt sich jedoch auch ein deutlicher Gegentrend beobachten. Dieser ›Backlash‹ gegen Verzichtsforderungen manifestiert sich in einer verstärkten Betonung individueller Freiheitsrechte. Kritiker argumentieren, dass viele der während der Pandemie eingeführten Maßnahmen unverhältnismäßig oder illiberal waren und lehnen weitere Einschränkungen im Namen der Freiheit kategorisch ab. Diese Entwicklung zeigt die Komplexität und Kontroverse des Themas Verzicht in der Sozialpolitik. Sie verdeutlicht die Herausforderung, einen Ausgleich zwischen kollektiven Notwendigkeiten und individuellen Freiheiten zu finden. Zudem wirft sie die Frage auf, wie Gesellschaften langfristig mit Verzichtsforderungen umgehen können, insbesondere angesichts anhaltender globaler Herausforderungen. Es ist ethisch geboten, sorgfältig abzuwägen, wie Verzicht als sozialpolitisches Instrument eingesetzt werden kann, ohne demokratische Grundwerte zu untergraben.

Angesichts der kritischen Punkte ist es wichtig, alternative Ansätze und Reformvorschläge zu diskutieren. Wie können Verzichtsmaßnahmen gerechter gestaltet werden, etwa durch progressive Ausgestaltung oder die Einführung von Obergrenzen? Inwiefern können alternative Konzepte wie ›Suffizienz‹ oder ›Postwachstum‹ einen ethisch vertretbareren Rahmen für sozialpolitische Maßnahmen bieten? Welche Rolle können partizipative Ansätze spielen, um die Akzeptanz und Fairness von Verzichtsmaßnahmen zu erhöhen?

Die kritische Diskussion zeigt, dass Verzicht als sozialpolitische Kategorie ein zweischneidiges Schwert ist. Einerseits kann er als Instrument zur Förderung von Solidarität, Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit dienen. Andererseits birgt er die Gefahr, bestehende Ungleichheiten zu verstärken und als Rechtfertigung für problematische politische Entscheidungen missbraucht zu werden. Eine ethisch vertretbare Verwendung von Verzicht in der Sozialpolitik erfordert dabei eine sorgfältige Abwägung der Verteilungseffekte und Machtdynamiken, Transparenz in der politischen Kommunikation und Entscheidungsfindung, die Berücksichtigung langfristiger Auswirkungen und Nachhaltigkeit, sowie den Schutz demokratischer Grundwerte und individueller Freiheiten und die Entwicklung alternativer und inklusiverer Ansätze zur Erreichung sozialpolitischer Ziele.

Letztlich muss Verzicht als sozialpolitische Kategorie immer im Kontext breiterer gesellschaftlicher Debatten über Gerechtigkeit, Solidarität und die Rolle des Staates betrachtet werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass

Verzicht nicht zu einem Instrument der Unterdrückung wird, sondern zu einem Weg zu einer gerechteren und nachhaltigeren Gesellschaft.

Literaturverzeichnis

- Baccini, Leonardo/Sattler, Thomas (2021): »Austerity, Economic Vulnerability, and Populism«, in: *Comparative Political Studies* 54 (14), S. 2465–2503.
- Bachrach, Peter/Baratz, Morton S. (1962): »Two Faces of Power«, in: *American Political Science Review* 56 (4), S. 947–952.
- Bieling, Hans-Jürgen (2022): *Austerity-Induced Populism. The Rise and Transformation of the New Right*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Blyth, Mark (2013): *Austerity. The History of a Dangerous Idea*, Oxford: Oxford University Press.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Princeton: Princeton University Press.
- Etzioni, Amitai (1998): »Voluntary Simplicity: Characterization, Select Psychological Implications, and Societal Consequences«, in: *Journal of Economic Psychology* 19 (5), S. 619–643.
- Fairclough, Norman (2013): *Critical Discourse Analysis. The Critical Study of Language*, London/New York: Routledge.
- Faricy, Christopher (2015): *Welfare for the Wealthy. Parties, Social Spending, and Inequality in the United States*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Fehr, Ernst/Fischbacher, Urs (2003): »The Nature of Human Altruism«, in: *Nature* 425 (6960), S. 785–791.
- Fraser, Nancy (2009): *Scales of Justice. Reimagining Political Space in a Globalizing World*, New York: Columbia University Press.
- Hacker, Jacob S. (2002): *The Divided Welfare State. The Battle over Public and Private Social Benefits in the United States*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Haffert, Lukas (2015): *Freiheit von Schulden – Freiheit zum Gestalten? Die politische Ökonomie von Haushaltsüberschüssen*, Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Hemerijck, Anton (2013): *Changing Welfare States*, Oxford: Oxford University Press.

- Hennock, Ernest Peter (2007): *The Origin of the Welfare State in England and Germany, 1850–1914. Social Policies Compared*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Howard, Christopher (2007): *The Welfare State Nobody Knows. Debunking Myths about U.S. Social Policy*, Princeton: Princeton University Press.
- Hunger, Anton (2016): »Die schwäbische Hausfrau«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14.7.2016, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/sparpolitik-merkel-und-die-schwaebische-hausfrau-14333164.html>, Zugriff am 19.09.2024.
- Katz, Michael B. (1996): *In the Shadow of the Poorhouse. A Social History of Welfare in America*, New York: Basic Books.
- Kvist, Jon/Sinfield, Adrian (1994): »The Hidden Welfare State, Tax Expenditure and Social Policy. A Comparative overview«, in: *Scandinavian Journal of Social Welfare* 3 (4), S. 203–211.
- Mettler, Suzanne (2011): *The Submerged State. How Invisible Government Policies Undermine American Democracy*, Chicago: University of Chicago Press.
- Pierson, Paul (1995): *Dismantling the Welfare State? Reagan, Thatcher, and the Politics of Retrenchment*, New York: Cambridge University Press.
- Pierson, Paul (2001): *The New Politics of the Welfare State*, Oxford: Oxford University Press.
- Putnam, Robert D. (2000): *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*, New York: Simon and Schuster.
- Quadagno, Jill (1994): *The Color of Welfare. How Racism Undermined the War on Poverty*, Oxford: Oxford University Press.
- Rawls, John (1971): *A Theory of Justice*, Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Schäfer, Armin/Streeck, Wolfgang (Hg.) (2013): *Politics in the Age of Austerity*, Cambridge: Polity Press.
- Schief, Sebastian/Staub, Ivo (2017): *Ökonomie – Austerität – Demokratie. Zum Zusammenhang zwischen Austeritätsmaßnahmen und der Zufriedenheit mit der Demokratie in Europa*, in: *WSI Mitteilungen* 70 (4), S. 259–268.
- Schor, Juliet B. (1998): *The Overspent American. Upscaling, Downshifting, and the New Consumer*, New York: Basic Books.
- Sinfield, Adrian (2020). »The Centrality of Taxation to Social Policy«, in: *Social Policy and Society* 19 (3), S. 437–453.

Soss, Joe/Fording, Richard C./Schram, Sanford F. (2011): *Disciplining the Poor. Neoliberal Paternalism and the Persistent Power of Race*, Chicago: University of Chicago Press.

U.S. Department of the Treasury (2020): *Tax Expenditures*, <https://home.treasury.gov/policy-issues/tax-policy/tax-expenditures>. Zugriff am 24.9.2024.